

Irhal – „Hau ab“

Auf den Wegen zur arabischen Revolte 2011 –
sozialgeschichtliche Kontexte eines Epochenbruchs

Reinhard Schulze

1 Ein Epochenbruch?

Die arabischen Revolten der Jahre 2011 und 2012 haben einen Proteststil geschaffen, der in zahlreichen westeuropäischen Ländern und in den USA Nachahmung gefunden hat. Man denke nur an die spanische 15-M-Bewegung, die am 15. Mai 2011 in Madrid ihren Anfang nahm, als über 50 000 Menschen die Gran Via blockierten und den Puerta del Sol-Platz besetzten. Das Motto dieser ersten Demonstrationen lautete einfach: „Wir sind nicht in den Händen von Politikern und Bankern“. Dieses Motto zeigt, dass die Demonstranten gewillt waren, die soziale Frage in Szene zu setzen. Primäre Protestform war die Besetzung öffentlicher Plätze. Diese Aktionsform wiederholte sich bis in jüngste Tage an zahlreichen Orten. Mehr und mehr wurde zu bestimmten Protesttagen aufgerufen, die Namen bekamen wie „Tag der Wut“, „Tag der Empörung“ oder „Tag der Abrechnung“. Diese zivilen Proteste verzichteten mehrheitlich auf direkte Gewalt und gewannen ein erstaunliches Maß an moralischer Legitimität.

Für manche Beobachter kündeten diese anti-politischen Revolten einen Umbruch an, der sich tiefgreifend auf die bestehenden Strukturen politischer Öffentlichkeit und ökonomischer Macht auswirken wird. Der Chef der Gewerkschaft Verdi, Frank Bsirske, zum Beispiel meinte, dass „die Finanzkrise zu einem Epochenbruch geführt“ habe (p2news.com, 30. 11. 2008) und dass wir einen „Epochenbruch durch die Krise“ erlebten. Andere wie der Berliner Soziologe Helmut Wiesenenthal erweiterten das Thema zu einer makrosoziologischen These und deuteten allgemein die „Globalisierung als Epochenbruch“ (*hwiesenenthal.de*, 4. 11. 1998). Michael Sommer, der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, befand gar, dass wir in einer Zeit *nach* einem Epochenbruch lebten (*boeckler.de*, September 2009). Der Epochenbruch berühre die Bausteine der modernen Natio-

nalstaatlichkeit: gesellschaftliche Solidarität und Souveränität, Staatlichkeit und Herrschaftsordnung sowie kulturelle Deutungen etwa in Bezug auf die moderne Differenzierung von Religion und Gesellschaft.

Natürlich ist es für eine solche Diagnose erheblich zu früh, vielleicht ist sie sogar voreilig. Der Wandel in Osteuropa von 1989/90 wurde ebenfalls als Epochenumbruch gedeutet, doch bisweilen werden Zweifel geäußert, ob es tatsächlich einen solchen epochalen Bruch mit der alten Ordnung gegeben hat (Henning 2005: 519 f.). Epochenbrüche sind schwierig zu bestimmen. Einmal mehr war es Hans Blumenberg, der den Begriff Epochenbruch systematisch einführte. In seinem 1966 erschienenen Buch *Die Legitimität der Neuzeit* schrieb er: „Die Kontinuität der Geschichte über den Epochenbruch hinweg liegt nicht im Bestand einer ideellen Substanz, sondern in der Hypothek der Probleme in der übernommenen Funktion auch wieder zu wissen, was schon einmal gewußt worden war.“ (vgl. Blumenberg 1966: 188) Es geht also immer um beides, um Brüche und um Kontinuitäten. Epochen sind ja im Kern Theorien hoher Komplexität, deren Merkmal es ist, dass sie einer empirischen Überprüfung weitgehend entzogen sind. Die Beschreibung von Epochenbrüchen ist also immer nur *eine* Sichtweise. Mit gleicher Berechtigung können Kontinuitäten bestimmt werden, die aus Brüchen allenfalls Risse oder besser Haarrisse, machen. Blumenbergs „Epochenbruch“ ist begrifflich radikaler als die Bezeichnung „Epochenumbruch“. Bei „Epochenumbruch“ belässt der metaphorische Sinn die Epoche als Rahmen, so wie ein Stück Land umbrochen wird, wenn es mit dem Pflug aus einer Grünwiese zu einem Ackerfeld gemacht wird, und wie bei der Mettage fertig gesetzte Artikel und Überschriften zu einem Seitenlayout zusammengefügt werden. Der Epochenumbruch lässt offen, ob sich der Wandel innerhalb einer Epoche vollzieht oder ob er eine neue Epoche einleitet. Die Brechung einer Epoche hingegen erscheint als transitiver Prozess, der irreversibel etwas enden lässt, das dann als abgeschlossene Epoche erscheint. Anders ausgedrückt: Es ist der Bruch, der Vergangenes zu einer Epoche macht.

2 Fünf Strukturkonflikte

Die Verwendung des Begriffs Epochenbruch im Titel meines Essays mag daher problematisch sein. Und doch, so hoffe ich im Folgenden begründen zu können, beschreibt er als theoretisches Konzept recht gut das, was wir bislang aus historischer Sicht über die Geschehnisse in der arabischen Welt seit dem Dezember des Jahres 2010 sagen können.

Wie eben ausgeführt soll der Begriff Epochenbruch transitiv verstanden werden, also im Sinne einer tatsächlich von Menschen herbeigeführten Brechung. Transitiv bedeutet natürlich nicht, dass die Menschen, die seit Januar 2011 ihren Unmut in zahlreichen arabischen Metropolen und zum Teil Provinzstädten manifestierten, im Sinn hatten, eine Epoche zu beenden. Als sich am 17. Dezember 2010 der Gemüsehändler Mohamed Bouazizi in der mitteltunesischen Stadt Sidi Bouzid vor dem Gebäude der Stadtverwaltung in Flammen setzte, nachdem eine Beamtin der lokalen Stadtverwaltung wegen eines fehlenden Gewerbescheins seine Wagen und Arbeitsgeräte konfisziert hatte, hatte er gewiss nicht im Sinn, damit das Ende der Herrschaft des Ben Ali-Klans einzuleiten. Auch als sich daran anschließend mehr und mehr Menschen in Sidi Bouzid, al-Qasrayn und schließlich Tunis zu großen Protestkundgebungen versammelten, war nicht ersichtlich, welche Folgen diese haben würden. Die Tatsache aber, dass binnen eines Monats in 15 arabischen Ländern ähnliche Protestformen entstanden, die in Ägypten, Bahrain, Libyen, Jemen und Syrien zu großen gesamtgesellschaftlichen Revolten mutierten, belegt, dass die Selbstverbrennung von Bouazizi mehr als nur eine symbolische Verzweiflungstat war. In seiner Biographie spiegelte sich förmlich die Epoche, die durch seine Selbstverbrennung zu brechen drohte.

Seine Tat ist in gewisser Hinsicht eine Umkehrung der Selbstverbrennung von Jan Palach am 16. Januar 1969, der dieser drei Tage später erliegen sollte. Palachs Tat mobilisierte zwar noch einmal 200 000 Menschen in Prag, doch markierte sie zugleich das Ende des Prager Frühlings. Als Bouazizi am 4. Januar 2011 seinen Verletzungen erlag, brach die Revolte in Tunesien durch den Streik der Mitglieder der Rechtsanwaltskammer erst aus. Palach hingegen hatte in seinem Abschiedsbrief geschrieben: „Da unser Land davor steht, der Hoffnungslosigkeit zu erliegen, haben wir uns dazu entschlossen, unserem Protest auf diese Weise Ausdruck zu verleihen, um die Menschen aufzurütteln. Unsere Gruppe ist aus Freiwilligen gebildet, die dazu bereit sind, sich für unser Anliegen selbst zu verbrennen. Die Ehre, das erste Los zu ziehen, ist mir zugefallen, damit erwarb ich das Recht, den ersten Brief zu schreiben und die erste Fackel zu entzünden.“ Der tunesische Gemüsehändler hatte nichts hinterlassen und nichts gesagt. Palachs Tat war politisch, die von Bouazizi privat oder besser lebensweltlich. Genau dieser Aspekt wurde in den arabischen Revolten früh verallgemeinert: der Aufstand der Lebenswelten gegen Politik und Herrschaft.

Die öffentliche Mobilisation der Lebenswelten gegen Geltungsansprüche der alten Eliten, die über den Staat die gesellschaftliche und lebensweltliche Ordnung definierten, erfolgte in einem atemberaubenden Tempo und entwickelte eine Dy-

namik, die nur durch Strukturen erklärt werden können, die diese Lebenswelten eingefasst und gerahmt hatten.

Schon vor dem Ausbruch der Revolten machte sich eine Stimmung breit, in der die lebensweltliche Situation als Kontrapunkt zur politischen Ordnung gesetzt wurde. Man denke nur an das Lied *Izzây* („Wie kommt es?“) von Mohamed Mounir, das im November 2010 aufgenommen wurde und das mit den zunächst unverfänglichen Zeilen beginnt: „Wie kannst du für mich, meine Geliebte, anerkennen, dass ich deinen Namen verehere, während du mich nur noch weiter verwirrst und meine Freundlichkeit nicht spürst“. Die lebensweltliche Metapher eines Liebesschwurs mit dem Versprechen, sich zu ändern, auf dass die Geliebte den Sänger erhöere, wurde alsbald zu einem der Schlager der Revolte in Kairo. Skander Guetaris verspieltes Lied „Sprich mein Tunis“ kündete schon von dem Anspruch, die Mauer des Schweigens durchbrechen zu wollen. Überhaupt war der Auftakt der Revolte von Musik unterschiedlichster Stilrichtungen begleitet: vom Chanson bis zum Neo-Punk, von Sufi-Gesängen bis zu islamisch-patriotischen Oden war alles vertreten. Was fehlte, waren klassische politische Programme. Diesem gemeinsamen Nenner lebensweltlicher Orientierung der arabischen Revolten entsprach ein Strukturproblem, das vor allem fünf Bereiche betraf:

1.) Die politische Ordnung der arabischen Staaten war 1985 noch fest im Gefüge des Ost-West-Konflikts eingebettet, der seit den frühen 1950er Jahren zu einer innerarabischen Blockbildung geführt hatte. Auf der einen Seite bildete sich ein republikanischer, als pro-sowjetisch wahrgenommener Block, dem sich nach und nach Länder wie Ägypten (1954), Irak (1958), Syrien (1958), Jemen (1962), Algerien (1962), Südjemen (1967) und Libyen (1969) anschlossen. Auf der anderen Seite formierte sich ein royalistischer, pro-westlicher Block mit Ländern wie Marokko, Libyen (bis 1969), Jordanien, Saudi-Arabien und den Golfstaaten. Tunesien und Libanon stellten aus unterschiedlichen Gründen Sonderfälle dar. Während im Libanon der innerarabische Ordnungskonflikt 1974 den Bürgerkrieg gewissermaßen einrahmte, gelang dem tunesischen Regime unter Habib Bourguiba das Kunststück, das republikanische Staatsmodell „pro-westlich“ zu gestalten. Doch weder das republikanische Staatsmodell der 1950er und 1960er Jahre noch die royalistischen Ordnungen begründeten eine ideologische Legitimation der autoritären Herrschaft durch die Aufnahme liberaler oder sozialistischer Ordnungsvorstellungen; vielmehr garantierte der Ost-West-Konflikt den Regimen eine eigene Logik paternalistischer Machtausübung, die ganz nach dem Motto verfuhr: „Der Staat weiß, was für die Gesellschaft gut ist.“ Selbst in republikanischen Ordnungen gründete die Herrschaftsideologie auf der hegelianisch anmu-

tenden Annahme, der Staat sei als *princeps* gerecht, gütig und weise; er wisse, was für die Untertanen gut ist, und wolle nur ihr Bestes; die Untertanen seien für sich unmündig (dies erinnert an Gans 1797/8–1839: 204 ff.). Das Machtzentrum bildete vielfach das Militär, dessen Legitimität als Stifter einer antikolonialen nationalen Souveränität gefeiert wurde und deren Vertreter sich als Staatshüter sahen und vielfach gegen die bestehende Ordnung putschten. Der Staatsstreich 1951 in Syrien bildete den Auftakt, der bislang letzte Putsch erfolgte 2008 in Mauretanien; die Militärherrschaft in Irak (1933–1935; 1937–1938; 1949–1950; 1952–1953) stand noch im Kontext der royalistischen Ordnung. Die Jahre von 1962 bis 1979 bildeten den Höhepunkt direkter Militärherrschaft (Algerien, Ägypten, Libyen, Mauretanien, Sudan, Syrien, Irak, Nord- und Südjemen), der so ca. 70 % der Bevölkerung in arabischen Ländern (ohne Eritrea, Somalia, Komoren und Tschad) unterstanden. Das Militär entzog sich dort jeglicher ziviler Kontrolle. Doch auch in den beiden Zivilrepubliken Libanon und Tunesien wie in den Monarchien Marokko, Jordanien, Kuwait, Bahrain, Katar, VAE, Oman und Saudi-Arabien bildete das Militär ein autonomer sozialer Verband, dessen Exekutivgewalt primär innergesellschaftlich ausgerichtet war; dieser Ordnung unterstand ca. 25 % der Bevölkerung in arabischen Ländern (s. a. Tibi 1973). Das Militär war daher oftmals Garant des Herrschaftssystems, wodurch sich vor allem in den Republiken so genannte Militärgesellschaften herausgebildet hatten (Abdel-Malek 1962). Das Militär, das sich vor allem durch Verweise auf seine Rolle in der Durchsetzung der nationalen Unabhängigkeit legitimierte, beherrschte nicht nur das Gefüge der politischen Macht, sondern auch den ökonomischen Sektor. Insbesondere die Wirtschaftszweige, die den Export von Rohstoffen für den Weltmarkt kontrollierten (unter anderem Erdöl in Libyen und Algerien, Erdgas in Algerien, Phosphat in Marokko und Tunesien, Baumwolle in Ägypten), wurden von Angehörigen des Armeeregimes beherrscht. Da diese Rohstoffe oft als „nationale Güter“ gedeutet wurden, sah sich das Militär als Garant der nationalen Einheit der Staaten dazu ermächtigt, den gesamten Wirtschaftskreislauf, der mit diesen Gütern zusammenhing, zu verwalten.

Die ideologischen Bemühungen der Machthaber, ihr Regime damit zu begründen, dass nur der Staat die Entwicklung der Gesellschaft definieren und garantieren könnte, dass die sozialen Entwicklungsutopien auf die Staatsgewalt zu zentrieren seinen und dass dem Staat das Monopol über die Ausgestaltung des öffentlichen Sektors und damit die Auslegung der sozialen Gerechtigkeit zukomme, trugen aber nach 1980 kaum noch Früchte. Zu groß war die Kluft zwischen den privilegierten Eliten und der Bevölkerung. Der Staat, der sich die Definitionshoheit über die Gesellschaft zu sichern versuchte, schloss sich sozial mehr und mehr

ab. Schon 1983/84 machten die ersten großen Brotrevolten (unter anderem in Südtunesien und Marokko) deutlich, dass die Staatspolitik der herrschenden Regime kaum noch auf die Bedürfnisse der Bevölkerung reagierte. Die Pro-Kopf-Produktion von Nahrungsmitteln hatte sich im Vergleich zu 1972 um 20 % verringert, zugleich war die Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten drastisch angewachsen. Die zögerliche Wirtschaftsliberalisierung, mit der die Staaten Nordafrikas ab 1983 versuchten, ihre Position auf dem Weltmarkt zu verbessern, konnte der wachsenden Verarmung des Mittelstandes und der Unterschicht kaum begegnen. Die Gewinne aus der Exportwirtschaft brachen trotz der Liberalisierungspolitik 1985/86 stark ein; da die Gewinne nur zu einem geringen Teil in die einheimische Wirtschaft reinvestiert wurden, entstanden kaum noch neue Arbeitsplätze, und in der Folge stiegen Arbeitslosigkeit und Inflation rasant an. Auf dem ersten Höhepunkt der ökonomischen Krise zerfiel nun auch das ideologische Gerüst, mit dem bislang die Regime ihre Machtstellung als Garanten der nationalen Einheit begründet hatten. Nun verfiel auch der Glaube an die Legitimität einer Einparteienordnung und der sie sichernden Militärherrschaft.

2.) Unmittelbar damit verknüpft entstand ein tiefgreifender Generationenkonflikt. Die politische Macht konzentrierte sich mehr und mehr auf die Generation derjenigen, die zwischen 1930 und 1950 geboren und in der alten Kalten-Kriegsordnung sozialisiert worden waren. Sie machten 2011 nur noch 3 % der Bevölkerung aus. Gut 40 % der Bevölkerung hingegen war im Alter zwischen 15 und 35 Jahren und in Lebenswelten sozialisiert, die kaum noch etwas mit denen der Großeltern zu tun hatten. Ihr Kommunikationsgefüge beruhte nicht mehr auf direkten Klientel- oder Unterstellungsverhältnissen, sondern vollzog sich in einem halb-öffentlichen oftmals virtuellen Raum, den ihnen seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts die neuen Medien zur Verfügung stellten. Das Fehlen einer politischen Sozialisation der jüngeren Generation spiegelte nur die Tatsache, dass nach 1989/90 auch in den arabischen Ländern jegliche ideologisch ausformulierten Gesellschaftsutopien belanglos geworden waren. Selbst die klassischen Islamisten, die noch in den 1980er Jahren den Islam als Garant einer Gesellschaftsordnung bestimmt hatten und die durch diesen Geltungsanspruch zwangsläufig als Konkurrenten des Staats aufgetreten waren, mussten anerkennen, dass auch der Islam keine Arbeitsplätze garantieren oder Wahlmöglichkeiten bei der Gestaltung individueller Lebenspläne schaffen kann. Der Generationenkonflikt war eigentlich ein Bruch zwischen einem alten, nie genauer bestimmten Generationenvertrag. Das Misstrauen der Jugend gegenüber der alten Generation war schon seit mehreren Jahren spürbar und fand in zahlreichen Liedern, Romanen und Kurzgeschichten seinen Aus-

druck. Bemerkenswerterweise waren es vor allem Menschen der „verlorenen Generation“, also diejenigen, die zwischen 1950 und 1980 geboren wurden, die diese Stimmung literarisch oder musikalisch verarbeiteten. Der schon genannte Sänger Mohamed Mounir gehört zu ihnen.

3.) Die Kluft zwischen lebensweltlicher Praxis und politischer Ordnung berührte auch das dritte Konfliktfeld, den Geschlechterkonflikt. Zu den markantesten sozialgeschichtlichen Prozessen in der arabischen Welt gehört der Eintritt der Frauen in die Arbeitswelt. Zwischen 1980 und 2005 erhöhte sich der statistisch erfasste Anteil berufstätiger Frauen in Ägypten von knapp 6 % auf fast 30 %. Heute dürfte dieser Anteil vor allem bei Frauen im Alter von 20 bis 30 Jahren noch höher liegen. Zugleich sank die Beschäftigungsquote der Männer und lag (nur auf die ökonomisch aktiven Generationen bezogen) bei 65 bis 70 %. Da die Gesamtzahl der Arbeitsplätze relativ konstant der Zunahme der Bevölkerung entsprach, kann angenommen werden, dass die Zunahme der Frauenarbeit zulasten der Männerarbeit ging. Gleichzeitig veränderte sich das Gesamtprofil der Arbeit: Der Rückgang der Arbeitsplätze in der extrahierenden und güterproduzierenden Industrie – etwa der Textilindustrie in Mitteltunesien oder der Aluminiumindustrie in Ägypten – wurde von neuen Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor ausgeglichen, in dem nun mehr und mehr Frauen beschäftigt wurden. Verstärkt wurde dieser Prozess noch durch die Arbeitsmigration, die 1973 einsetzte. Insgesamt dürften bis 2008 fast 12 Millionen Menschen ihre Heimatländer auf der Suche nach Arbeit verlassen haben. Etwa 4 Millionen Menschen vor allem aus nordafrikanischen Staaten machten sich dazu auf in westeuropäische Länder, etwa 8 Millionen vor allem aus ostarabischen Ländern nach Saudi-Arabien, Irak und in die Golfstaaten. Grob geschätzt betraf die Migration knapp 10 % der erwerbstätigen Bevölkerung. Zwar suchten auch Frauen Arbeit im Ausland – so kamen etwa 1,6 Millionen Frauen aus arabischen Ländern nach Saudi-Arabien – doch bedeutsamer war, dass Frauen in den Heimatländern mehr und mehr in beruflichen Stellungen Fuß fassten, die bislang von Männern, die nun im Ausland arbeiteten, gehalten worden waren. Die Folge war, dass Frauen vor allem in mittelständischen Berufen, freiberuflich oder in leitenden Funktionen tätig wurden, während Männer mehrheitlich in den strukturschwachen Zweigen der Landwirtschaft und Industrie arbeiteten. Natürlich berücksichtigen entsprechende Statistiken nur angemeldete Tätigkeiten. Informelle Arbeit von Frauen in der Landwirtschaft oder im Kleinhandel ist nur marginal erfasst. Außerdem stellt sich das Bild in den einzelnen arabischen Ländern recht unterschiedlich dar: In Algerien und Syrien etwa erreichte der Anteil der Frauenarbeit 2002 nur knapp 18 %, in Ma-

rokko hingegen 27 %, in Tunesien 34 % und in Libyen 43 %; in Algerien und Syrien sinkt sogar der Anteil: 2008 waren in Syrien nur noch etwa 13 % der Arbeitsstellen von Frauen besetzt. Dennoch ist das Bild in der Tendenz klar: Der soziale Wandel hat vor allem zwischen 1992 und 2002 zu einer markanten Umschichtung in der Arbeitswelt geführt, zugleich hat sich die Beschäftigungsrate der über 15-Jährigen kaum verbessert. Sie verharrte in Ländern wie Algerien, Ägypten und Syrien unter der 50 %-Grenze, nur in den Golfstaaten lag sie zum Teil bei über 75 %. Der zeitgleich dominante Islamismus kann so auch als Versuch interpretiert werden, die soziale Rolle der Frau über eine religiöse Normensetzung so zu definieren, dass die patriarchalischen Strukturen gesichert erschienen. Zugleich konnte der Islamismus den Geltungsanspruch der Frauen auf eine gleichberechtigte ökonomische und soziale Rolle zum Ausdruck bringen. Diese Doppeldeutigkeit des Islamismus – sowohl Anerkennung der neuen sozialen Position der Frau wie gleichzeitig ihre wertkonservative Rückbindung – manifestierte sich symbolisch in einer konventionalisierten Kleiderordnung.

4.) Der Konflikt um die Folgen der ökonomischen Globalisierung, die die einheimische Industriegüterproduktion schwer in Mitleidenschaft gezogen und zu einem rasanten Zuwachs der Arbeitslosigkeit unter selbst gut ausgebildeten Jugendlichen geführt hatte, machte sich schon zu Beginn des 21. Jahrhunderts bemerkbar. Da seit 2007 die Bereitschaft der lokalen Eliten sank, die Gewinne aus ihrem Wirtschaften im Land selbst zu reinvestieren, und die Globalisierung der Wirtschaftsprozesse dadurch die Standortvorteile der lokalen Industriebetriebe wie der Textilindustrie in Mitteltunesien oder der Teppichindustrie in Marokko nachhaltig ruinierten, brach der Arbeitsmarkt in den Ländern des Maghreb drastisch ein. In Ägypten hielt der Zuwachs an Arbeitsplätzen gerade noch mit der demographischen Entwicklung Schritt, doch gab es, wie schon ausgeführt, auch hier deutliche Einbrüche vor allem im Industriesektor und in der extrahierenden Industrie. Die traditionell exportorientierte Landwirtschaft hing vollkommen von den Entwicklungen der Weltmarktpreise ab. Doch war sie zugleich der Bereich der ägyptischen Wirtschaft, der am besten den Strukturwandel bewältigte. Mit ein Grund war, dass junge Ägypter, deren Eltern nach Europa gegangen waren und die zum Teil über eine gute Ausbildung verfügten, in die alten Familienbetriebe vor allem in Unterägypten investierten und dort an der Umstellung der Landwirtschaft nach ökologischen Richtlinien mitwirkten und so einen neuen Exportmarkt erschlossen. Diese private Modernisierung der ägyptischen Landwirtschaft bedeutete allerdings auch eine wachsende Differenzierung zwischen Stadt und Land. Erstmals seit den 1850er und 1860er Jahren waren Teile

des Landes strukturell „moderner“ als die Stadt. Die Baumwollpreise verdoppelten sich fast zwischen 2003 und 2011, der Wert hat sich allerdings gegenüber Öl und Gold verringert. Dies bedeutet, dass der Wertzuwachs der Baumwolle die steigenden Importkosten (vor allem Rohölprodukte) nicht ausgleichen konnte. Das Land wurde reicher, die Städte ärmer. Dies zeigte sich auch im Wahlverhalten der ägyptischen Bevölkerung 2001 und 2012: die wertkonservativen Muslimbrüder erzielten Mehrheiten vor allem in den Provinzen mittellägyptischen und nordwestlichen Delta-Provinzen. Diese ungleiche Entwicklung im Inneren prägte auch die Ökonomie in Syrien, Tunesien und Algerien. Nominell wiesen so diese Länder eine Steigerung des Bruttosozialprodukts pro Kopf auf, die sogar höher war als der Bevölkerungszuwachs. Tatsächlich aber hatte diese scheinbare Prosperität, die vor allem die Jahre 2004 bis 2008 kennzeichnete, keinerlei Auswirkungen auf die Strukturprobleme.

5.) Die Abhängigkeit vom Weltmarkt war besonders drastisch dort, wo die Weltmarktpreise die Grundversorgung bestimmten. Der wichtigste Indikator hierfür ist der Preis für Weizen. Dieser erreicht schon im März 2008 ein Rekordhoch, das sich dann nochmals im November 2010 wiederholen sollte. Die Preiszyklen wurden immer kürzer, sodass sich innerhalb von zwei Jahren die Preise verdreifachten, um dann wieder auf das frühere Niveau zurückzufallen. Eine Konstante, die früher durch fixe Brotpreise suggeriert worden war, gab es nicht mehr. Die Folge war, dass vor allem für die ärmeren Teile der Bevölkerung und die *working poor* die Unsicherheit in Bezug auf die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln ständig wuchs. Da die Preisgestaltung nicht mehr von der ökonomischen Leistung der jeweiligen Volkswirtschaft bestimmt war, verfügten nur noch wenige arabische Länder über wirtschaftspolitische Möglichkeiten, Marktungerechtigkeiten auszugleichen.

Dessen ungeachtet hat die ökonomische Globalisierung auch die Emanzipation der Zivilgesellschaft begünstigt. So wenig aussagekräftig die Indikatoren des *Human Development Index* im Einzelnen auch sein mögen, interpretieren sie doch unter Berücksichtigung von global als relevant erachteten Strukturmerkmalen (Lebenserwartung, drei Bildungsindikatoren, BSP pro Kopf) vergleichend einen gewissen Entwicklungsprozess. Nach dem vernichtenden Urteil des *Arab Human Development Reports* von 2002, den vor allem junge arabische Akademiker um die ehemalige jordanische Ministerin Rima Khalaf Hunaidi und den ägyptischen Politologen Nader Fergany erstellt hatten, deuteten sich bis 2007 markante Verbesserungen an, die vor allem auf Fortschritte bei der Nutzung der neuen Informationstechnologie beruhten. Die Vergleichsstruktur der *Human De-*

velopment Index hatte zur Folge, dass im Bewusstsein der jungen Generation die arabische Welt nun global eingereiht und „rangiert“ wurde. Zugleich bot die Globalisierung vor allem im Bereich der Informationstechnologie neue Formen der Arbeit an, die bislang durch den Staat reguliert gewesen waren. Die Globalisierung reduzierte somit den Geltungsbereich staatlichen Handelns und schuf Freiräume, in denen vor allem die junge Generation aktiv werden konnte. Thematisch ging es der Jugend vor allem darum, die Gesellschaft als Möglichkeitsraum neu zu definieren und aus den Setzungen des Staates zu befreien. Diese Selbstermächtigung war universell, da sie sich auf eine globale Welt bezog. Partikulare Handlungs- oder Deutungsmuster traten mehr und mehr in den Hintergrund. Das bedeutete natürlich auch, dass der Geltungsanspruch, der in den Revolten zum Ausdruck gebracht wurde, dort seine Grenzen fand, wobei lokale Bedingungen spezifische Lebenswelten schufen, die nicht in das Gefüge globaler kollektiver Identität passten.

3 Konkurrierende Ordnungen

Sofern man die Zeit des Kalten Kriegs und dessen Ordnung als Epoche benennt, handelt es sich bei den arabischen Revolten tatsächlich um einen verspäteten Epochenbruch, der zugleich wichtige Aspekte des gegenwärtigen globalen Strukturwandels ankündigt. Der Epochenbruch ist also ein doppelter. Die Revolten brachen mit einer Ordnung, die in den 1950er und 1960er Jahren geschaffen worden war und die dem Staat die Souveränität über die Gesellschaft verschafft hatte. Akteure des Staats waren das Militär und die jeweiligen Parteien und politischen Allianzen, die sich das Militär in der Gesellschaft gesichert hatte. Diese als Militärgesellschaften apostrophierten Ordnungen verfügten über eine erstaunliche Stabilität. Trotz des Niedergangs der Entwicklungs- und Modernisierungsutopien, mit denen die alten Eliten noch in den 1960er Jahren ihre Herrschaft legitimiert und die nach 1989 mit dem Zusammenbruch des Ostblocks jegliche Plausibilität verloren hatten, konnten die Regime ihre Allianzen wahren und ausbauen. Dieser Konservatismus konnte natürlich nur solange gedeihen, wie er nicht das Gleichgewicht der Privilegenordnung gefährdete. Genau dies aber zeichnete sich seit etwa 2005 ab. Den Regimen gelang es nicht mehr, die junge Generation positiv in das Machtsystem zu integrieren. Symbolische Übergangsrituale wie die Machtübertragung vom Vater auf den Sohn oder die Transformation der Militärherrschaft in eine Familienherrschaft konnten diesen Widerspruch nur kurz auflösen. Geradezu exemplarisch ist der Machtantritt des syrischen Präsidenten Baschar al-

Der Arabische Frühling

Hintergründe und Analysen

Schneiders, T.G. (Hrsg.)

2013, VII, 302 S. 4 Abb., 3 Abb. in Farbe., Softcover

ISBN: 978-3-658-01173-4